Italien

CARLO MASALA

Die italienische Europapolitik stand ganz im Zeichen zweier wichtiger Ereignisse: der Frage nach Neuwahlen sowie der Vorbereitung und ab Januar 1996 der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Italien. Beide Ereignisse standen in der innenpolitischen Diskussion in einem engen Zusammenhang und deshalb ist es wichtig, der Analyse italienischer Europapolitik ein Kapitel über die innenpolitische Entwicklung in Italien vorzuschalten, um zu einem besseren Verständnis der italienischen Europapolitik zu gelangen. Konnte man unter der Regierung Berlusconi noch eine große Europaskepsis beobachten, so wurde bereits unter der Regierung von Premierminister Lamberto Dini deutlich, daß Italien seinen bisher beschrittenen Weg der „fortschreitenden Integration“ nicht zu verlassen gedachte, wohl aber eigene Akzente setzen wollte. Inwieweit dies im Vorfeld der Regierungskonferenz (29.-30. März in Turin) gelungen ist, soll die erkenntnisleitende Fragestellung sein, die diesem Artikel zugrunde liegt.

Bruch oder Kontinuität der Präsidentschaft? Zur Problematik der Neuwahlen

Das strukturelle Dilemma der Regierung Dini war seit ihrem Amtsantritt am 17.1.1995 eine fehlende verlässliche parlamentarische Mehrheit. Für jede parlamentarische Initiative mußte sich Dini stets aufs neue um die Unterstützung eines der beiden Parteienbündnisse im Montecitorio¹ bemühen. Diese waren ohnehin nur in einem sehr eingeschränkten Maße dazu bereit, die Technokratenregierung um Lamberto Dini zu unterstützen. Als Dini aber die wichtigsten Reformen im italienischen Wahlsystem (Regionalwahlreform) und im Sozialsystem (Reform der Rentengesetzgebung) durchführte, wurde er seitens aller Parteien daran erinnert, daß er bei seiner Amtseinführung sich dahingehend geäußert habe, daß er nach Verabschiedung der notwendigen Reformen zurücktreten werde, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Aber Dini zeigte nunmehr Beharrlichkeit auf seinem Posten und warf in die Debatte um seine Demission das europäische Argument in die Waagschale. Um die Kontinuität italienischer Politik zu gewährleisten, sei es absolut notwendig, daß er die Amtsgeschäfte bis zum Ende der EU-Präsidentschaft führe. Nur so könne die Regierungskonferenz gründlich vorbereitet werden und nur dann sei gewährleistet, daß die italienischen Interessen angemessen verteidigt würden. Staatspräsident Scalfaro schloß sich dieser Argumentation an. In der Folgezeit kaprizierte sich die politische Diskussion am Tiber um die Frage, ob Dini Italien durch die EU-Präsidentschaft führen sollte, oder ob er den Weg für Neuwahlen frei machen müsse. Die EU-Präsidentschaft könne nicht Schutzschild sein – konnte man aus den Reihen der Linksdemokraten vernehmen. Doch Präsident

Scalfaro hielt weiterhin zu seinem Ministerpräsidenten. Versierte Beobachter des Geschehens am Tiber notierten aufmerksam, daß sich in der politischen Praxis die italienische Demokratie dem französischen Präsidialsystem zu nähern schien, ohne daß es dazu einer Verfassungsänderung bedurfte². Trotz aller verbalen Interventionen wurde Dini's Stellung im Gefüge des italienischen Systems immer schwächer und so bot er gegen Ende des Jahres seinen Rücktritt an. Wohl mit Blick auf die EU-Präsidentschaft lehnte Scalfaro dieses Rücktrittsangebot ab und verlangte von Dini, daß dieser sich der Entscheidung des Parlaments zu stellen habe. Da zu diesem Zeitpunkt weder der Mitte-Rechtsblock um Berlusconi und Fini noch der Linksblock um D'Alema über eine klare Mehrheit verfügten, konnte keiner von ihnen Staatspräsident Scalfaro eine Alternative zu Dini präsentieren. Doch mit solch einer schwachen parlamentarischen Basis war deutlich, daß der Handlungsspielraum Dini's für eine profilierte Europapolitik sehr eng sein würde. Der Turnus der italienischen Europräsidentschaft drohte zu einem „angenehmen aber ineffektiven Eurotourismus“ zu verkommen.

Angesichts der drohenden Handlungsunfähigkeit demissionierte Dini und Scalfaro sah sich nun dem Problem gegenüber, jemanden mit der Regierungsbildung zu beauftragen, der für Kontinuität im Rahmen der EU-Präsidentschaft garantieren konnte. Seine Wahl fiel, nach langen Verhandlungsrunden mit den Führern aller Fraktionen und Parteien, auf den parteilosen Staatsbeamten Maccanico. Doch Maccanico gelang es nicht, eine Regierung zusammenzustellen, die das Vertrauen der Parteien besaß. Resigniert gab er den Auftrag zur Regierungsbildung am 14. Februar 1996 zurück. Staatspräsident Scalfaro löste, nach Rücksprache mit den Kammerpräsidenten, das Parlament auf und schrieb für den 21. April 1996 Neuwahlen aus. Bis zur Bildung einer neuen Regierung sollte das Kabinett Dini noch im Amt verbleiben. Somit war sichergestellt, daß die EU-Präsidentschaft unter Lamberto Dini und Susanna Agnelli zu Ende geführt werden wird³.

Die Vorbereitung auf die EU-Präsidentschaft: nationaler Konsens?⁴

In einer Grundsatzerklärung zur Außenpolitik, die am 23.2.1995 veröffentlicht wurde, ist zu lesen, daß die Regierung Dini mit ihrer Europapolitik zuallererst Vereinfachung der Entscheidungsverfahren anstrebt. Mit dem Beitritt neuer Staaten zur EU solle die Anzahl der Kommissionsmitglieder reduziert werden und die Art und Weise der Entscheidungsfindung erheblich vereinfacht werden, um die Union als handelnden Akteur sowohl nach außen als auch im Binnenbereich zu stärken. Um die Akzeptanz der Unionspolitik beim Bürger zu stärken, sollten – so die Vorstellung der italienischen Regierung – die Rechte des Europäischen Parlaments erheblich ausgeweitet werden. Die Konzentration auf die kooperativ-integrative Weiterentwicklung der EU wird noch stärker akzentuiert durch die Ablehnung von europäischen Kerngruppen, „opting-out-Klauseln“ oder „permanenten Ausnahmen“⁵.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Regierungserklärung betraf die Osterweiterung der Union. Ohne sich deutlich für oder gegen die Osterweiterung auszusprechen⁶, mahnte die italienische Regierung an, daß über eine mögliche Osterweiterung die Mittelmeerpolitik der EU nicht vernachlässigt werden dürfe, da dies andernfalls die europäische Sicherheit erheblich beeinträchtigen würde. Die Befürchtung war in Italien besonders ausgeprägt, daß mit einer Erweiterung der Union nach Osten die Gelder der Regionalfonds für den Süden nicht mehr in gleichem Maße wie bisher zur Verfügung stünden.

Recht eindeutig sprach sich die italienische Regierung für eine institutionelle Stärkung der GASP aus, deren operativer Arm die WEU sein sollte. Jedoch wurde in dieser Erklärung deutlich hervorgehoben, daß die GASP nur in enger Kooperation mit der Atlantischen Allianz zu realisieren sei, mithin kein Konkurrenzunternehmen zur NATO werden sollte.

Initiativen folgten dieser Erklärung nicht, vielmehr blieb die Konzentration der italienischen Regierung auf die Innenpolitik gerichtet. Erst als sich abzuzeichnen begann, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach die Regierung Dini sein würde, der die Leitung der italienischen EU-Präsidentschaft zufallen würde, setzte die Diskussion um die Ziele italienischer Europapolitik erneut ein. Dabei kristallisierte sich sehr deutlich heraus, daß sich die italienischen Bemühungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft – neben der Vorbereitung der Regierungskonferenz – auf die Schaffung einer verbesserten institutionellen Balance konzentrieren würden. Hier-von versprach sich insbesondere Außenministerin Agnelli, daß die Rechte eines jeden einzelnen Mitglieds im gesamten Gefüge besser zur Geltung kämen⁷. Zu einer verbesserten Balance des institutionellen Gefüges gehöre die generelle Einführung von Mehrheitsentscheidungen, die Ausweitung der Rechte des EP und die Verringerung der Anzahl der Mitglieder der Kommission. Dieser Reduzierungsvorschlag soll die Stellung Italiens stärken und die Position der Bundesrepublik schwächen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Ein besonders sensibler Punkt für die italienische Regierung sowie für die italienische Gesellschaft ist die im Maastrichter Vertrag vorgesehene Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung 1999. Lamberto Dini drängte bei seinen europäischen Kollegen darauf, daß die Anfangsphase der gemeinsamen Währung nach hinten verschoben werden sollte, um es neben Frankreich, Deutschland und Luxemburg auch anderen Staaten zu ermöglichen, an der Einführung des Euro zu partizipieren. Sein Budgetminister, Rainer Masera, schlug gar vor, die Maastrichtkriterien in der italienischen Verfassung als Staatszielbestimmung festzuschreiben. Darüber hinaus ist Masera in Italien selbst einer der wenigen Optimisten, die daran glauben, daß, wenn die Einführung der gemeinsamen Währung um zwei bis drei Jahre verschoben würde, auch Italien in der Lage sein werde, daran teilzunehmen⁸. Die von der italienischen Regierung überall verbreitete offizielle Position zur

WWU sieht vor, daß die Teilnahme an der Endphase der Wirtschafts- und Währungsunion vereinbarungsgemäß auf der Grundlage sowohl technischer wie politischer Bewertung beschlossen würde. Es sei Ziel der italienischen Politik, mit der Lira in das EWS zurückzukehren und entsprechend der im Vertrag genannten Konvergenzkriterien die Maßnahmen zur Sanierung des Haushalts und zur Reduzierung der Inflations- und Zinssätze fortzusetzen⁹. Die Dramatik, die eine WWU ohne Italien für Italien haben würde, brachte der Ex-Bilanzminister Pogliarini (Lega Nord) in einer Fernsehsendung deutlich zum Ausdruck, als er sagte: „Wenn Italien der WWU fernbleibt, werden wir südamerikanische Inflationsverhältnisse bekommen“¹⁰.

Die GASP

Ein weiterer Schwerpunkt der italienischen Präsidentschaft sollte es sein, der Union auch auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet mehr Gewicht zu verleihen. Dieses Vorhaben korrespondiert mit dem italienischen Interesse nach mehr Schutz gegenüber den diffusen Sicherheitsbedrohungen, die aus Nordafrika und vom Balkan für Italien existieren¹¹. Die Eindämmung und Ausbalancierung dieser Bedrohung ist einer der Schwerpunkte italienischer Sicherheitspolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Hierzu hat die italienische Regierung auch innerhalb der Reflexionsgruppe bereits eine Reihe detaillierter Vorschläge gemacht, die alle dazu beitragen sollen, die Europäische Union auch auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik zu einem handlungsfähigen Akteur auszugestalten. Eine zentrale Rolle nehmen dabei vor allem zwei Punkte ein.

Zum einem verfolgt man die Idee, der GASP durch Personalisierung und Institutionalisierung eine bessere Handlungsfähigkeit und vor allem nach außen ein Gesicht zu geben, und somit ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Hierzu hat der italienische Vertreter in der Reflexionsgruppe Vorschläge lanciert, die in ihrer Substanz die deutsch-französischen Überlegungen zu „Monsieur X“ unterstützen¹². Danach sollte es zukünftig einen europäischen Außenminister geben, der die GASP nach außen vertritt. Dieser sollte vom Rat ernannt werden und auch dort angesiedelt sein. Um die europäische Legitimität dieser Person zu erhöhen, sollte er bei seiner Nominierung auch die Zustimmung des Europäischen Parlaments bekommen¹³. In seiner Tätigkeit sollte dieser Außenminister von einem Vize unterstützt werden, der für alle Verwaltungsaufgaben zuständig wäre. Die Aufgaben dieses Außenministers sollten dem des NATO- oder UNO-Generalsekretärs gleichen. Dies hätte in den Augen der italienischen Regierung den Vorteil, keine neuen Institutionen schaffen zu müssen, sondern die bestehenden Strukturen des Rates und der Kommission nutzen zu können. Zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen der Kommission, der GASP und dem Rat sollte ein ad hoc-Komitee geschaffen werden, in welchem Vertreter aus allen drei Bereichen sowie der „Außenminister der EU“ sitzen und über Maßnahmen beraten. Gleichzeitig sollten alle GASP-Aktivitäten unter der politischen Kontrolle des Europäischen Parlaments stehen, das die GASP-Aktio-

nen auch finanzieren würde¹⁴. Neben der legitimativen Erhöhung der GASP-Aktivitäten sollte ihre Handlungsfähigkeit auch durch eine Veränderung des Abstimmungsverfahrens erreicht werden. Auch hier, wie schon in anderen Gremien der Union, sollte die Mehrheitsregel Anwendung finden, wenn ein von allen Mitgliedern als gleich erachtetes Interesse vorliegt¹⁵. Wenn jedoch in einem konkreten Fall „bedeutende nationale Interessen“ vorliegen, dann sollte wie bisher nach dem Konsensprinzip abgestimmt werden¹⁶.

Der zweite Punkt, zu welchem der italienische Vertreter eine Reihe von Vorschlägen in der Reflexionsgruppe lancierte, betrifft das Verhältnis zwischen WEU und EU. Hier plädierte der italienische Vertreter in Übereinstimmung mit den Vorstellungen seiner Außenministerin und seines Verteidigungsministers für eine Integration des WEU-Sekretariats in die EU und die Übertragung der Rechte der Parlamentarischen Versammlung der WEU an das EP. Dabei sollten nicht alle Staaten der EU gezwungen werden, der WEU beizutreten, jedoch sollte auf diese Perspektive hingearbeitet werden, um die einheitliche Handlungsfähigkeit der EU in Zukunft zu garantieren.

All diese Bestrebungen dürften jedoch nicht zu einer Abkoppelung der europäischen von der transatlantischen Sicherheit führen. Für die italienische Regierung ist die Vertiefung der transatlantischen Beziehungen von fundamentaler Bedeutung, einmal aus dem Bewußtsein heraus, daß nur eine enge transatlantische Beziehung auch Fortschritte in der europäischen Einigung ermöglicht, zum anderen aber auch, weil es der EU durch enge und institutionalisierte transatlantische Beziehungen ermöglicht wird, Einfluß auf die Außen- und Europapolitik der USA zu nehmen¹⁷.

Die Stärkung der GASP ist für die italienische Regierung verbunden mit der Vertiefung der auswärtigen Beziehungen der Union und sollte einen weiteren Schwerpunkt der italienischen Präsidentschaft bilden. Dazu zählen die schon erwähnte Assoziation der Mittelmeerstaaten Zypern und Malta, der Gipfel der EU mit den Staaten des Gulf Cooperation Councils und vor allem der im März abgehaltene Gipfel der EU mit den Staaten Asiens.

Die europapolitischen Vorstellungen der Parteien und Wahlbündnisse

Die erste zusammenhängende programmatische Äußerung des Mitte-Rechts Bündnisses um Silvio Berlusconi nach dessen Demission findet sich in dem Antrag des Bündnisses vom 24.11.1995, der die Regierungskonferenz betrifft. In diesem Antrag wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß Italien während seiner Präsidentschaft eine Politik betreiben müsse, die unabhängig von innenpolitischen Ereignissen sei. Ziel italienischer Europapolitik solle es sein, ein föderale Union zu schaffen, die sowohl die Rechte ihrer Mitglieder als auch der Regionen in vollem Umfang gewährleisten solle. Die italienische Regierung solle ihre Arbeit während der Präsidentschaft und im Verlauf der Regierungskonferenz auf fünf Punkte konzentrieren. Die Handlungsfähigkeit der GASP müsse ausgebaut werden durch die

Schaffung der Position eines Generalsekretärs, der die Beschlüsse des Rates in Absprache mit der Kommission umsetzen und die Außenpolitik der EU nach außen hin vertreten solle. Zur erhöhten Effektivität trage in den Augen des Bündnisses ebenfalls eine Integration der WEU in die Strukturen der EU bei, wobei zur Umsetzung dieser Integration keine näheren Angaben gemacht werden. Des weiteren solle die italienische Regierung auf eine Reform der bestehenden Institutionen hinwirken. Unter Reform wird hier – analog zu den Vorstellungen der Regierung – eine Reduzierung der Anzahl der Kommissionsmitglieder, eine Ausweitung der Rechte des EP, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen EP und den nationalen Parlamenten sowie eine Industriepolitik verstanden, die den ökonomischen Differenzen unter den Mitgliedern der EU stärker Rechnung trägt, als es nach Meinung des Berlusconi-Bündnisses bisher der Fall gewesen sei. Ein weiterer Aspekt betrifft die Möglichkeiten, die Entscheidungsfindung via doppelte Mehrheit auszuweiten. Doppelte Mehrheit bedeutet, daß eine Mehrheit nur dann zustande kommt, wenn sie neben der Mehrheit der Ratsstimmen auch die Mehrheit der EU-Bevölkerung auf sich vereint. Auch sollten die Verfahrensregelungen innerhalb der Gemeinschaft erheblich vereinfacht werden, um sie transparenter für den europäischen Demos zu machen.

Schließlich müsse Italien darauf bedacht sein, die Beitrittsverhandlungen mit Zypern und Malta so bald wie möglich zu eröffnen und mit allen Mittelmeeranrainern ein Abkommen zur Gründung einer Freihandelszone zu schließen¹⁸. Innerhalb der Koalition um Silvio Berlusconi und Gian Franco Fini gibt es in diesen Punkten keinerlei nennenswerte Differenzen¹⁹. Die europapolitischen Vorstellungen lassen für den Fall, daß Silvio Berlusconi mögliche Neuwahlen gewinnen würde, auf Kontinuität in der italienischen Europapolitik schließen.

Auch das Bündnis um den PDS, das in seiner Zusammensetzung wesentlich heterogener als das Mitte-Rechts Bündnis um Silvio Berlusconi ist, betont in seinen europapolitischen Verlautbarungen stets den Aspekt der Kontinuität. Die Position des Ulivo kann nur aus der Summe der Einzelaussagen abgeleitet werden. Lediglich der Partito Popolare Italiano hat zur Regierungskonferenz ein Papier vorgelegt²⁰. Im wesentlichen ist die Position des Ulivo durch folgende Punkte gekennzeichnet:

- zwischen der ökonomischen und der politischen Integration muß eine verbesserte Balance erreicht werden;
- die GASP sollte gestärkt und enger an den ersten Pfeiler der EU angebunden werden; die WEU sollte stärker integriert werden;
- die Entscheidungsfindungen sollten wesentlich vereinfacht werden, um eine stärkere Kohärenz zwischen den drei Pfeilern der EU herbeizuführen;
- die Rechte des EP sollten stärker ausgebaut werden und der EuGH sollte der oberste Hüter der Bürgerrechte in der Gemeinschaft werden;
- die Beziehungen zwischen Rat und Kommission sollten zugunsten der klaren und schnellen Reaktionsfähigkeit der EU verbessert werden²¹.

Wie bei der Koalition um Silvio Berlusconi läßt sich auch hier erkennen, daß bei einer möglichen Regierungsübernahme durch die Koalition des L'Ulivo einer Kontinuität in der Europapolitik der Vorzug gegeben würde. Aber auch innerhalb dieser Koalition ist man nicht bereit, eine Kerngruppe zu akzeptieren, die ohne Italien substantielle integrative Fortschritte anstreben würde²².

Gemeinsam ist allen Parteien auch, daß sie die momentane Situation Italiens innerhalb der EU als „unwürdig“ empfinden. Die Einführung der dritten Stufe der WWU wird von ihnen allen abgelehnt, wenn Italien nicht Mitglied sein wird. Die Angst vor der deutschen Dominanz eint alle Parteien, und die Schaffung einer verbesserten institutionellen Balance wird von ihnen allen als probates Mittel der Gegenmachtbildung angesehen, um den deutschen Einfluß innerhalb der EU nicht allzu stark werden zu lassen.

Italiens EU-Präsidentschaft

Während der ersten drei Monate der italienischen EU-Präsidentschaft sind eine Reihe von Initiativen unternommen worden, deren Anstoß jedoch nicht von Italien ausging. Das Euro-asiatische Gipfeltreffen sowie die Beteiligung der EU an der Implementierung des zivilen Teils des Dayton-Abkommens sind bereits vor der Übernahme der Präsidentschaft durch Italien beschlossene Sache gewesen. Italien kommt hier lediglich organisatorische Vollmacht zu. Einzig im Bereich der Euro-mediterranen Zusammenarbeit sind eine Reihe von Konferenzen zur Zusammenarbeit mit den Staaten des Mittelmeerraumes auf den verschiedensten Gebieten initiiert und durchgeführt worden. Hier war die italienische Präsidentschaft, wie vorher bereits angekündigt, aktiv²³. Insgesamt betrachtet war die italienische EU-Präsidentschaft bis zur Einberufung der Regierungskonferenz von großer Zurückhaltung gekennzeichnet.

Anmerkungen

- 1 Sitz des italienischen Parlaments in Rom.
- 2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 2.1.1996.
- 3 Vgl. die Untersuchungen, die das Meinungsforschungsinstitut ABACUS für die Wochenzeitung Panorama durchgeführt hat, in: Panorama v. 22.2.1996, S.23; Damals war noch nicht abzusehen, daß Dini mit einer eigenen Liste zu den Wahlen im April antreten wird.
- 4 Vgl. Masala, Carlo: Handlungsmaximen italienischer Europapolitik 1994-1996, Ebenhausen 1996
- 5 Italian Government Statement of February 23, 1995 on foreign policy guidelines, in: European Parliament (Hrsg.): Notes on the Positions of the Member States of the European Union with respect to the 1996 Inter-governmental Conference on April 12, 1995, S. 28.
- 6 Bezüglich einer Osterweiterung ist die Stellungnahme Italiens bis heute nicht eindeutig. Lucio Leante schreibt dazu: „Sicherlich ist Italien nicht unter den Ländern, die in direkter Weise an einer Osterweiterung interessiert sind, auch wenn es die Notwendigkeit erkennt, das geopolitische Projekt zu vollenden. Es ist aber auch nicht unter den Ländern, die ein starkes Interesse gegen die Erweiterung haben. Sicherlich: mit Frankreich und Spanien ist es unter jenen Ländern zu finden, die – auch unter militärischen Gesichtspunkten – einen fundamentalistischen Sieg in Nordafrika fürchten und deshalb sensibler für eine Stabilisierung des Mittelmeerraumes“

- sind, als für eine Stabilisierung des Ostens [...] Letztendlich ist das Interesse Italiens an einer Osterweiterung nachhaltig gesunken, seit die zentraleuropäische Initiative in eine Krise geraten ist, über die sich Italien eine Einflußmaximierung erhoffte." Leante, Lucio: Allargamento a Est: prospettive di un'Europa diversa, in: *Il Mulino Europa 1* (1995), S. 34-35.
- 7 *La Repubblica* v. 29.10.1995 und auch den Aufsatz von Susanna Agnelli in der Zeitschrift *Il Mulino 6* (1995), S. 975-981.
- 8 Vgl. *La Repubblica* v. 24.11.1995.
- 9 Italienische Botschaft: Positionspapier v. 30.10.1995.
- 10 Am 1.4.1996 in RAI I.
- 11 Vgl. hierzu vor allem: Ministero degli Affari Esteri: *Priorità della Presidenza Italiana del Consiglio dell'Unione Europea* v. 4.12.1995, S. 11-14.
- 12 Vgl. Hoyer, Werner: *Perspektiven für die Regierungskonferenz 1996 und die europapolitische Agenda*, in: *integration 4* (1995), S. 193.
- 13 *La Repubblica* v. 29.10.1995.
- 14 Vgl. *Italy's Presidency in the first semester of 1996: Perspectives for the Reform and Enlargement of the European Union*. (Beiträge der Gesandten Roberto Nigido und Rocco Cangelosi von der Wirtschaftsabteilung des italienischen Außenministeriums zu einem Europapolitischen Seminar in Dublin im Oktober 1995).
- 15 Ebd., S. 10.
- 16 So Außenministerin Agnelli vor der Abgeordnetenkammer am 23. Mai 1995, in *Corriere della Sera* v. 26.5.1995.
- 17 Diese beiden Motive nannte der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Stefano Silverstri, auf der von der TEPSA und dem IAI organisierten Konferenz: *The Italian Presidency of the European Union* am 1.-2.12.1995 in Rom. Die offizielle Position der italienischen Regierung, die nur auf den ersten Aspekt der transatlantischen Zusammenarbeit abhebt, findet sich bei: *Ministero degli Affari Esteri*, a.a.O., S.16-17.
- 18 *Sentao della Repubblica*, *Mozione 1-00163* v. 14.11.1995.
- 19 Vgl. *Corriere della Sera* v. 9.12.1995.
- 20 Vgl. *Il Popolo* v. 22.11.1995.
- 21 Diese Zusammenfassung stützte sich auf IAI u.a.: *Revision of Maastricht: Implementations and Proposals for Reform. A survey of National Views (i.E.)* sowie auf die Äußerungen von Giorgio Napolitano auf der IAI-TEPSA-Konferenz am 1./2.12.1995 in Rom.
- 22 Vgl. *Maastricht Watch 6* (1994).
- 23 Vgl. *Ministero per gli Affari Esteri*. *Servizio Stampa e Informazione* (Hrsg.): *The Italian Presidency of the European Union. Past and Future Activities*, Rom 8.3.1996, S. 4.

Weiterführende Literatur

- Agnelli, Susanna: *L'Europa verso il ventunesimo secolo*, in: *Il Mulino 6* (1995), S. 975-981.
- Bruni, Franco: *Unione monetaria e interessi italiani*, in *Relazioni Internazionali 2* (1995), S. 1-6.
- Ferraris, Luigi Vittorio, Günther Trautmann, Hartmut Ullrich (Hrsg.): *Italien auf dem Weg zur „zweiten Republik“*, Frankfurt 1995.
- Ginsborg, Paul: *L'Italia e L'Unione Europea*, in: *Passato e Presente 37* (1996), S.85-92.
- Martino, Antonio: *Cinque obiettivi per l'Europa*, in: *Politica Internazionale 2* (1995), S. 3-5.
- Masala, Carlo: *Handlungsmaximen italienischer Europapolitik 1994-1996*, Ebenhausen 1996.
- Morelli, Umberto: *L'Europa e la Pace. Il Ruolo dell'Unione Europea. Dopo il trattato di Maastricht*, in: *Il Politico 4* (1995), S. 599-626.
- Politica Internazionale: Themenheft zur italienischen Außenpolitik 1* (1995).
- Romero, Frederico: *L'Europa come strumento di nation building: storia e storici dell'Italia repubblicana*, in: *Passato e Presente 36* (1995).